

Update
19/2020

Bernhard Daldrup, MdB
Für den Kreis Warendorf



Berlin, 11. Dezember 2020

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

die Zahl der Infektionen steigt, die Intensivbettenplätze sind am Limit, der Ernst der Lage ist auch im Bundestag deutlich spürbar. Dennoch gelang uns in dieser Woche mit dem Beschluss des Bundeshaushalt 2021 ein starker Haushalt, geprägt durch die Mammutaufgabe, die Pandemie zu bekämpfen: Wir schützen die Gesundheit der Bürger:innen, stabilisieren die Wirtschaft und stellen die Weichen für die Zukunft. Das schlägt sich im Haushalt mit 498,6 Mrd. Euro nieder! Natürlich bedeutet das höhere Schulden – die hat keiner gerne. Doch wer in dieser Ausnahmesituation zögert, wer in die Krise hinein spart, hat später den größeren Schaden (Stichwort: Staatsausgabenmultiplikator). Unsere solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre lässt uns diesen Spielraum. Wenn der Sturm vorübergezogen ist, werden wir uns auch wieder der Schulden annehmen – mit klugen, langfristigen und fairen Plänen.

Alles andere als ein guter Plan war hingegen der „Beinaheschulterschluss“ von CDU und AfD in Sachsen-Anhalt. Schon seit Wochen brodelte es in dem Land und nun droht ihm eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Wieder einmal trägt die AfD dazu bei, unsere Demokratie zu konterkarieren. Auch in Bezug auf andere demokratiefeindliche Strömungen in Deutschland, ist es richtig, dass die Bundesregierung sich des Rechtsextremismus verstärkt annimmt – etwa mit dem jetzt beschlossenen Maßnahmenbündel gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Rund eine Milliarde Euro stellt die Regierung in den nächsten vier Jahren für Programme zur Demokratieförderung und Extremismusprävention bereit und sichert so langfristig und verlässlich Programme der Zivilgesellschaft.

*Dies und Weiteres lest Ihr in diesem Update. Hiermit grüße ich Euch,
wünsche Euch alles Gute aus Berlin und freue mich,
Euch auf Facebook und Co. oder der Internetseite wieder anzutreffen*
Euer



// Ein Überblick zum Bundeshaushalt 2021

Der Bundeshaushalt 2021 steht im Zeichen der Corona-Pandemie. Auch im kommenden Jahr sind zusätzliche Mittel notwendig, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und die Wirtschaft zu stabilisieren. Darüber hinaus stärken wir mit dem Bundeshaushalt 2021 den Sozialstaat, verbinden Ökologie mit Ökonomie, festigen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stellen die Weichen für die Zukunft unseres Landes. Insgesamt stellen wir dafür 498,6 Milliarden Euro bereit - ein Rekordhaushalt.

Für den nächsten Bundeshaushalt nehmen wir mehr Schulden auf als geplant: Die Nettokredit-



aufnahme musste von 96,2 Milliarden Euro auf 179,8 Milliarden Euro angehoben werden - nach 217,8 Milliarden Euro in diesem Jahr. Wir haben die Kraft, das Nötige finanziell zu stemmen, denn wir haben in den vergangenen Jahren solide gehaushaltet. Hinzu kommt die Möglichkeit der erneuten Ausnahme von der Schuldenregel, da mit der anhaltenden Corona-Pandemie eine außergewöhnliche Notsituation vorliegt, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt. Nach der Krise werden wir die Lasten aus dieser Pandemie gerecht verteilen müssen. Für uns Sozialdemokrat:innen kann das nur heißen: Starke Schultern werden hier mehr tragen müssen als schwache.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Wirtschaft stabilisieren, Zukunft vorbereiten

In der Wirtschafts- und Energiepolitik wollen wir auch in Zukunft Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander verschränken. Ein Flaggschiff ist der

Aufbau einer ökonomisch erfolgreichen und nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft, die beispielsweise für eine nachhaltige Stahl- und Chemieproduktion entscheidend sein wird. In den Jahren 2021 bis 2024 wird die Wasserstoffstrategie mit 6,8 Mrd. Euro umgesetzt. Es ist außerdem unsere Aufgabe, uns für die Zukunft zu rüsten. Daher werden Künstliche Intelligenz (KI) und Quantentechnologie mit jeweils 2 Mrd. Euro gefördert.

Darüber hinaus fördern wir den Mittelstand, investieren in Weiterbildung und Qualifizierung, in Forschung und Entwicklung. Dabei fokussieren wir die Branchen, die besonders von der Corona-Pandemie und dem Strukturwandel betroffen sind: Automobilbranche und Zulieferindustrie, Tourismus, Kohleindustrie und viele mehr.

Die Unterstützung strukturschwacher Regionen ist eines unserer zentralen Anliegen, denn viele aussichtsreiche, innovative Projekte benötigen viel Geld. Daher haben wir die Mittel für das zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) um 74 Mio. Euro auf 635,5 Mio. Euro erhöht. Das ZIM muss ab nächstem Jahr 55 statt bisher 40 Prozent verpflichtend an strukturschwache Regionen ausschütten.

Außerdem fördern wir das Investitionszuschussprogramm „Digitaler Mittelstand“ noch einmal mehr, ebenso wie überbetriebliche Bildungsstätten. Auf Drängen der SPD-Fraktion ist erstmals der Bundeswettbewerb "Zukunft Region" im Finanzplan aufgeführt. Wir setzen Impulse für Neuanfänge im deutschen Mittelstand – mit dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse aller Bürger:innen.

Auch die Überbrückungs- und Soforthilfen zur Bewältigung der Folgen der Pandemie sind im Etat des Wirtschaftsministeriums hinterlegt: Insgesamt 39,5 Mrd. Euro werden hierfür in 2021 zur Verfügung stehen.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: Klimaschutz ist uns wichtig

Umwelt und Naturschutz sind für die SPD-Bundestagsfraktion von zentraler Bedeutung. In den parlamentarischen Verhandlungen haben wir daher durchgesetzt, dass der Energie- und Klimafonds (EKF) um 2,4 Mrd. Euro auf insgesamt 42,7 Mrd. Euro steigt. Darüber hinaus wurden auf unsere Initiative hin die Mittel für den Kampf gegen die Vermüllung unserer Weltmeere um 10 Mio. Euro auf nun 25 Mio. Euro aufgestockt. Auch der Schutz der



// Corona-Bonus

Als bekannt wurde, dass Mitarbeiter:innen des Deutschen Bundestages in diesem Jahr eine coronabedingte Sonderzahlung erhalten werden, war die mediale Empörung groß. Dabei werden bei dem Bonus lediglich die Tarifvereinbarungen im öffentlichen Dienst angewendet. Danach erhalten unteren Entgeltgruppen (1-8) 600 Euro, die mittleren (9-12) 400 Euro und die oberen Lohngruppen (13-15) 300 Euro.

biologischen Vielfalt in Deutschland ist uns wichtig. Uns ist es gelungen, die Mittel für das Bundesprogramm Biologische Vielfalt um 7,2 Mio. Euro zu erhöhen. Darüber hinaus investieren wir in die Digitalisierung: Das Förderprogramm „Digital Innovation Hub for Climate“ erhält weitere 10 Mio. Euro, um Startups bei der Entwicklung digitaler Lösungen für den Umwelt- und Klimaschutz zu fördern.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: *Das Ziel der nachhaltigen Ernährung und Landwirtschaft*

Um die Wälder in Deutschland nachhaltiger und damit resilienter gegen den Klimawandel zu machen, stellen wir insgesamt eine Milliarde Euro bereit. Insbesondere die von Dürre und Borkenkäfern geschädigten Wälder brauchen eine schnelle Hilfe. Dem Programm nachhaltige Forstwirtschaft kommen dabei 500 Mio. Euro zu gute. Zudem unterstützen wir private wie kommunale Waldbesitzer so unbürokratisch wie möglich.

Außerdem liegt uns eine gesunde Ernährung der Bürger:innen sehr am Herzen. Sie ist die Basis für ein gutes Leben und muss für Alle – unabhängig von sozialer Herkunft und Geldbeutel – möglich sein. Wir haben uns für Ernährungskonzepte in Gemeinschaftsverpflegungen und gesundes Frühstück in Kitas und Schulen eingesetzt. Auch gehen wir verschiedene Vorhaben in der Zusammenarbeit mit den Tafeln an, um Menschen mit geringen Einkommen ein gesundes Essen zu ermöglichen. Und auch der Ökolandbau ist uns wichtig: Wir stocken den Titel um 5 auf knapp 34 Millionen Euro

auf. Mit der so genannten „Bauernmilliarde“ stehen bis 2024 finanzielle Mittel zur Verfügung, damit Bauern das Gülleproblem nachhaltig angehen können.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: *Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung*

In den nächsten Jahren stellen wir über 1,2 Mrd. Euro für Bildung und Forschung zur Verfügung. Damit greifen wir Auszubildenden und Studierenden während der Corona-Pandemie unter die Arme. Mit den Mitteln stärken wir darüber hinaus die Alphabetisierung, die Wissenschaftskommunikation, die Erforschung der gesellschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und die Gesundheitsforschung. Gleichzeitig stellen wir weitere Mittel bereit für digitale Lehr- und Lernmaterialien, für den Aufbau einer nationalen Bildungsplattform und Bildungskompetenzzentren.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: *Investitionen in den Zusammenhalt der Gesellschaft*

Für den Bereich Inneres, Bau und Heimat stellen wir im Jahr 2021 insgesamt 18 Mrd. Euro bereit – 2,6 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr. Für die innere Sicherheit steigen die Mittel gegenüber dem bisherigen Finanzplan erneut an: auf rund 7,4 Mrd. Euro. Damit stärken wir (erneut) die Sicherheitsbehörden des Bundes, allen voran das Bundeskriminalamt.

Wesentlich für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land sind Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Daher unterstützen wir vielseitige Projekte, beispielsweise zur Stärkung des jüdischen Lebens



// ÖA Mieterschutz

Öffentliche Anhörung zum Mieterschutz u. a. mit den Kolleginnen Ulli Nissen (SPD) und Caren Lay (Linke) zu Fragen des Kündigungsschutzes; fast alle Sachverständigen fordern eine bessere Begründung der Kündigung bei Eigenbedarf, der bisher zu allgemein und auch missbrauchsanfällig ist.

oder Integrations- bzw. Sprachkurse. Erst vergangene Woche hat sich der Kabinettausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus auf ein Maßnahmenpaket geeinigt. Die dafür beschlossenen 150 Mio. Euro sind im Einzelplan der Allgemeinen Finanzverwaltung hinterlegt und werden auf die zuständigen Ressorts verteilt.

Mit 2,16 Mrd. Euro statten wir unsere Verwaltung aus, um sie digital voranzubringen. Geld geht zudem in den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, denn gerade in Zeiten der Pandemie zeigt sich, wie wichtig eine gute Vorsorge und das Vorhandensein von Strukturen sind. Außerdem werden Gelder in das gut nachgefragte Programm „Altersgerecht Umbauen“, in innovative Konzepte für unsere Innenstädte sowie in die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur fließen.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Etat des Familienministeriums auf Rekordniveau*

Der Etat des Familienministeriums erreicht mit über 13 Mrd. Euro im kommenden Jahr ein neues Rekordniveau - und verzeichnet damit gegenüber 2020 einen Aufwuchs um gut 885 Mio. Euro. Mehr als 80 Prozent des Etats sind dabei für gesetzliche Leistungen wie Elterngeld und Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende vorgesehen – damit unterstützen wir im kommenden Jahr kräftig die Familien in Deutschland: Durch die wachsende Nachfrage steigt der Ansatz des Elterngelds im nächsten Jahr um rund 235 Mio. Euro auf 7,49 Mrd. Euro, beim Unterhaltsvorschuss stellt der Bund insgesamt 1 Mrd. Euro bereit. Gleichzeitig investieren wir in eine gute Infrastruktur: Mit dem Gute-Kita-Gesetz, den Mitteln für den Ausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern und

der Fortführung der Sprach-Kitas fördern wir die frühkindliche Bildung ebenso wie die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Dass eine wehrhafte Demokratie elementar ist, haben wir erneut in den vergangenen Wochen erfahren. Deshalb setzen wir uns ein für Initiativen gegen Rassismus und Diskriminierung und für mehr Prävention: Das Programm „Demokratie leben“ erhält zusätzlich 35 Mio. Euro und damit insgesamt 150,5 Mio. Euro.

Dank unserer Initiative setzen wir auch gleichstellungspolitisch im Haushalt 2021 wichtige Akzente: So ebnen wir den Weg für eine Bundesstiftung Gleichstellung – und stellen hierfür 3 Mio. Euro zur Verfügung, in den Folgejahren sind dann bis einschließlich 2024 jeweils 5 Mio. Euro vorgesehen.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: *Mit aller Kraft für eine klimafreundliche Mobilität*

Auch den Bereich Verkehr müssen und werden wir in den kommenden Jahren weiter umbauen - er ist der größte Investitionsblock im Haushalt 2021: Über 18 Mrd. Euro werden in die Straße, Schiene und Wasserstraße fließen. Außerdem haben wir in der parlamentarischen Nachbereinigung den Etat für die Deutsche Bahn und den Ausbau der klimafreundlichen Schiene deutlich erhöht. Ansonsten stellen wir die Weichen für die Mobilität und Kommunikation von morgen: Radwege, alternative Kraftstoffe, Breitbandausbau sind Stichpunkte für die Stoßrichtung des Haushaltsplans.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: *Arbeit erhalten, gesetzliche Rentenversicherung stabilisieren*

Dieses Paket steht für sozialen Zusammenhalt. Es sichert Arbeit und stabilisiert die gesetzliche Rentenversicherung. Mit rund 165 Mrd. Euro, das sind ca. 33 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes, setzt der Etat des BMAS mit der weiteren Umset-



zung des Sozialen Arbeitsmarktes als Regelinstrument, der finanziellen Stabilisierung der Bundesagentur für Arbeit und der Einführung der Grundrente für über 1,3 Mio. Menschen im Land starke sozialpolitische Impulse.

Menschen, die besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, werden auch im nächsten Jahr die notwendige Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erhalten. Die SPD hat erreicht, dass der Soziale Arbeitsmarkt 2020 mit 1 Mrd. Euro finanziert wird und bis 2024 mit 4 Mrd. Euro finanziell abgesichert wird.

Mit der Bearbeitung und Auszahlung des Kurzarbeitergeldes hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) entscheidend dazu beigetragen, in dieser Corona-Pandemie Arbeitsplätze zu erhalten und Menschen vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Dafür musste die BA aber ihre Rücklagen aufbrauchen. Damit sie auch in den Folgejahren handlungsfähig bleibt und sich auf die Integration in Arbeit und die Durchführung von Weiterbildung konzentrieren kann, unterstützen wir die BA 2021 mit einem Zuschuss in Höhe von 3,35 Mrd. Euro.

Der Einzelplan stabilisiert und stärkt die Rente von heute und morgen. Bis 2023 steigen die Zuschüsse an die Rentenversicherung auf über 116 Mrd. Euro an. Damit setzen wir als SPD das Signal: Die gesetzliche Rentenversicherung ist die wichtigste Säule der Alterssicherung. Umso mehr können wir stolz darauf sein, dass wir die Grundrente gegen den er-

bitterten Widerstand der Union durchgesetzt haben – und die Menschen auf die Anerkennung ihrer Leistung in Form der Grundrente einen Rechtsanspruch haben. Im Haushalt 2021 sind ab dem 1. Januar 2021 insgesamt 1,4 Mrd. Euro für die Einführung dieser Rentenleistung vorgesehen.

// Koalition einigt sich beim Jahressteuergesetz

Diese Woche haben wir im Finanzausschuss nach wochenlangen Verhandlungen das sogenannte Jahressteuergesetz 2020 beschlossen. Mit dem Jahressteuergesetz werden zahlreiche steuerliche Neuregelungen umgesetzt. Nachfolgend gebe ich Euch einen Überblick über die wesentlichen Regelungen:

Steuerliche Erleichterungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

► Einführung einer Homeoffice-Pauschale

Gerade während der Corona-Pandemie waren und sind viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie viele Selbständige gezwungen, ihrer beruflichen Tätigkeit in der eigenen Wohnung nachzugehen. In vielen Fällen liegen dabei die Voraussetzungen für einen Abzug von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer nicht vor, weil die Steuerpflichtigen entweder über keinen Raum verfügen oder dieser Raum nicht ausschließlich für die berufliche Betätigung genutzt wird. Für die Jahre 2020 und 2021 können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für jeden Kalendertag, an dem sie ausschließlich im Homeoffice arbeiteten, einen pauschalen Betrag von 5 Euro als Betriebsausgaben oder Werbungskosten von den Steuern abziehen. Insgesamt ist der Abzug der Tagespauschale auf 120 Tage bzw. auf 600 Euro im Jahr beschränkt.

Wird die häusliche Wohnung nicht nur von einer Person als Homeoffice genutzt, können auch die anderen Personen die Pauschale geltend machen.

► Verlängerung der Steuerfreiheit für Arbeitgeberzuschüsse zum Kurzarbeitergeld

Mit dem Corona-Steuerhilfegesetz haben wir Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld steuerfrei gestellt. Diese Steuerbefreiung wurde bis Ende 2020 beschränkt.

Diese Befristung wird nun bis Ende 2021 verlängert.

- ▶ *Verlängerung der Zahlungsfrist für die Steuerbefreiung von Corona-Sonderzahlungen*

Aufgrund der zusätzlichen Belastungen in der Corona-Krise bekommen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, etwa Pflegekräfte, zusätzliche Unterstützungen vom Arbeitgeber. Diese Sonderprämien sind in der Zeit vom 1. März bis 31. Dezember 2020 bis zur Höhe von 1.500 Euro steuerfrei. Da die Steuerbefreiung bis zum 31. Dezember 2020 befristet ist, wäre eine im ersten Halbjahr 2021 ausgezahlte Corona-Sonderzahlung nicht mehr steuerfrei. Damit auch später ausgezahlte Corona-Sonderzahlungen steuerfrei bleiben, wird die Zahlungsfrist bis zum 30. Juni 2021 verlängert.

Dauerhafte Erhöhung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende

Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wird ab 2022 von 1.908 Euro auf 4.008 Euro angehoben. Die durch das Zweite Corona-Steuerhilfegesetz eingeführte und ursprünglich auf die Kalenderjahre 2020 und 2021 begrenzte Anhebung wird damit entfristet.

Verbesserungen für ehrenamtlich Engagierte und gemeinnützige Vereine

- ▶ *Erhöhung der Übungsleiterpauschale und der Ehrenamtpauschale*

Um die ehrenamtlich Engagierten steuerlich zu entlasten, werden der Übungsleiterpauschbetrag von 2.400 Euro auf 3.000 Euro und die Ehrenamtpauschale von 720 Euro auf 840 Euro angehoben. Damit dürfen Engagierte ab dem kommenden Jahr für ihre freiwillige, nebenberufliche Tätigkeit eine deutlich höhere Aufwandsentschädigung annehmen, ohne dass Steuern fällig werden. Mit der Steuerbefreiung ist auch eine entsprechende Befreiung von den Sozialversicherungsbeiträgen verbunden.

- ▶ *Vereinfachungen für gemeinnützige Vereine*

Wir führen eine ganze Reihe von Vereinfachungen für gemeinnützigen Vereine ein. Die Freigrenze, bis zu der gemeinnützige Vereine Einnahmen aus einer wirtschaftlichen Tätigkeit steuerfrei erzielen können, wird von 35.000 Euro auf 45.000 Euro erhöht. Das hilft den Vereinen bei der Mittelbeschaffung für ihren gemeinnützigen Zweck.

Die Grenze für eine vereinfachte Spendenbescheinigung wird von 200 Euro auf 300 Euro angehoben.

Wir schaffen die Pflicht zur „zeitnahen Mittelverwendung“ für kleine gemeinnützige Vereine mit Einnahmen von weniger als 45.000 Euro ab. Das entlastet diese Vereine von Bürokratie, da die Mittelverwendungsrechnung künftig entfällt. Dadurch werden diese Vereine steuerlich entlastet.

- ▶ *Erweiterung des Spektrums der gemeinnützigen Zwecke*

Künftig werden auch Vereine und Organisationen als gemeinnützig anerkannt, die sich unter anderem für „Klimaschutz“ und den Aufbau und Betrieb eines lokalen freien Funknetzes („Freifunk“) engagieren.

Bekämpfung von Steuerhinterziehung

- ▶ *Verlängerung der Verfolgungsverjährung bei schwerer Steuerhinterziehung*

Die Verfolgungsverjährung in Fällen schwerer Steuerhinterziehung verlängern wir von 10 auf 15 Jahre.

- ▶ *Rückwirkende Einziehung bereits heute verjährter Steueransprüche*

Außerdem führen wir in Fällen besonders schwerer Steuerhinterziehung die strafrechtliche Möglichkeit zu einer rückwirkenden Einziehung von bereits vor dem 1. Juli 2020 verjährter Steueransprüche ein. Wir stellen damit sicher, dass Steuerhinterzieher, etwa Beteiligte an Cum-Ex-Geschäften, auch dann nicht davonkommen, wenn ihre Taten erst nach längerer Zeit aufgedeckt werden.